

# Stettiner



# Zeitung

105. Jahrgang der „Privilegirten Stettiner Zeitung.“

No. 118.

Abend-

Freitag den 9. März.

Ausgabe.

1860.

## Deutschland.

**Berlin, 8. März.** In den öffentlichen Blättern finden wir über die Angelegenheiten der Marine neuerdings wiederum manche falsche Angaben, die zum Theil schon längst widerlegte Unrichtigkeiten wiederholen. So macht eine Berliner Korrespondenz in Nr. 5056 der Weser-Zeitung darauf aufmerksam, daß das Abgeordnetenhaus bereits voriges Jahr von der Regierung über das Projekt der ostasiatischen Expedition Kenntniß erhalten habe, und bemerkt dabei, daß die Expedition nach dem Urtheile gründlicher Sachmänner völlig zwecklos sein solle. Zugleich giebt diese Korrespondenz die Summe von 1,800,000 Thalern als den Betrag der erforderlichen Kosten an, welche so gut wie in das Wasser geworfen seien; dieselben wären besser auf die Marine selbst zu verwenden gewesen, deren Fonds dadurch um 50 pCt. geschwächt würden.

Diese Zahlenangaben widerlegen sich einfach aus der dem Landtage vorgelegten offiziellen Denkschrift über die Expedition. Danach belaufen sich die extraordinären Kosten derselben für 2 1/2 Jahr im Ganzen auf 350,000 Thlr., also nicht ganz den fünften Theil der angegebenen Summe. Ein etwa gleicher Betrag kommt hinzu, der während jener Zeit aus dem Ordinarium des Marine-Stats für die auch ohne die Expedition alljährlich erforderlichen Indienststellungen bestritten wird, an deren Stelle theilweise die Expedition treten soll. Die aus jenen vorgelegten Summen gezogenen Folgerungen hinsichtlich der für die Marine verwendbaren Fonds zerfallen hiernach von selbst. Daß außerdem die Expedition für die Ausbildung der Marine in jeder Hinsicht von der größten Bedeutung ist, wird ein nautischer Sachmann schwerlich in Abrede stellen. Schon das nautische Interesse würde daher den gedachten Zuschuß, der auf ein Jahr noch nicht ganz 150,000 Thaler beträgt, vollständig rechtfertigen; ganz abgesehen von der Förderung handelspolitischer Interessen, welche sich naturgemäß an diese Expedition anschließen.

Ferner bringt die gestrige „Spener'sche Zeitung“ von Neuem „Gerüchte“ über den bedenklichen Zustand der Dampf-Korvette „Arcona“, wonach die ungünstigen Urtheile, welche schon vor der Abfahrt des Schiffes über dessen Seetüchtigkeit verbreitet waren, ihre Bestätigung gefunden haben sollen. Die „Preuß. Ztg.“ weiß nicht, wer ein Interesse an der Verbreitung derartiger Gerüchte haben kann. Sie kann nur die schon abgegebene Versicherung wiederholen, daß sich der gute und starke Bau der „Arcona“ vollkommen bewährt hat, und daß die entgegenstehenden Gerüchte gänzlich unbegründet sind.

**Vom Main, 7. März.** Um die Tragweite der Anträge der vereinigten Ausschüsse in der holstein-lauenburgischen Verfassungsangelegenheit, über welche in der morgen stattfindenden Bundestagsitzung die Abstimmung erfolgen soll, zu würdigen, wird man auch danach fragen müssen, inwieweit bei der ganzen Angelegenheit die Rechte Schleswigs, bekanntlich der eigentliche Ausgangspunkt des ganzen Konfliktes, berücksichtigt und gewahrt erscheinen. Die Erklärung des dänischen Bundestagsgesandten hat diesen Punkt sogleich besser herausgefunden, als es vielfach auf unserer Seite selbst zu geschehen scheint. Freilich erwähnen die Anträge selbst Schleswigs nicht ausdrücklich, aber indirekt liegt dies doch ohne Zweifel in der Zurückbeziehung auf die Zusicherungen von 1851 und 1852 und die Bekanntmachung vom 28. Januar 1852, noch deutlicher aber in der Bedingung für die Zulassung von Delegirten-Berathungen, wonach letztere mit „Delegirten der geselligen Spezialvertretungen sämtlicher Landestheile“ stattfinden sollen, welche „sämmliche Landestheile“ in dem vorausgehenden Berichte auch „sämmliche vier Landestheile“ (nämlich Dänemark, Schleswig, Holstein und Lauenburg) genannt sind. Bestimmt noch erhält die Ansicht der Ausschüsse aus dem Berichte selbst, der durch die Worte des Antrags „unter Bezugnahme auf die vorhergegangenen Erörterungen“ mit diesem selbst in engere Beziehung gebracht wird. Die Deduktionen dieses Berichtes bewegen sich aber in dieser Hinsicht wesentlich um die Kardinalforderung „der selbstständigen und gleichberechtigten Stellung der verschiedenen Bestandtheile (nach der Auffassung des Ausschusses also jener vier) der Monarchie, deren keiner dem anderen untergeordnet werden soll“, woraus ohne Zwang die Auffassung gefolgert werden kann, daß die für Holstein und Lauenburg ausdrücklich aufgehobene Gesamtverfassung auch für Schleswig nicht mehr zu Recht bestche. Entsprechend wird es auch als zunächst erforderlich erklärt, den Inhalt der Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 (deren Prinzipien durch den Bundesbeschluß vom 29. Juli 1852 gebilligt wurden) „als ausschließlich maßgebend darüber zu behandeln, welche Angelegenheiten als besonders des Herzogthums Holsteins beziehungsweise gemeinschaftliche für Holstein und Schleswig zu erachten seien.“ Eine spätere Stelle lautet: „Diese Gesamtverfassung besteht für Dänemark fort“ und es ist hierbei jedenfalls nicht ohne Absicht Schleswig weggelassen, wenn auch eine Gesamt-Verfassung für Einen Theil als ein Non sens erscheinen könnte, und jedenfalls auch ist, was aber selbstverständlich den

Bund nicht berührt, und dessen rechtliche Argumentation nicht abschwächen kann, wenn es auch die Abnormität des ganzen Verhältnisses noch greller machen muß. Im späteren Verlaufe des Berichtes wird, unsere Meinung bestätigend, noch besonders hervorgehoben, daß in der Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 das Prinzip der Gleichberechtigung der einzelnen Theile der Monarchie eine feierliche Sanction erhalten habe, und darin den Provinzialständen von Schleswig und Holstein eine ständige Vertretung mit beschließender Befugniß zugesichert worden sei. Damals wurde auch von Preußen und Oesterreich bei der Vorlage der Verhandlungen als Inhalt der königlichen Bekanntmachung ausdrücklich „die Anerkennung der selbstständigen und gleichberechtigten Stellung der verschiedenen Bestandtheile der Monarchie, deren keiner dem anderen untergeordnet oder einverleibt sei“, hervorgehoben, mit dem Beifügen, daß die Bekanntmachung hierin mit der Verkündung vom 14. Juli 1850 übereinstimme, mit welcher letzteren die Zusage erneuert wurde, daß eine Incorporation des Herzogthums Schleswig in das Königreich Dänemark nicht stattfinden solle. Es fehlt also auch nach dieser Seite hin den Anträgen des Ausschusses keineswegs an einer scharfen Begründung, und, wie schon angedeutet, spricht indirekt dafür auch die Erklärung des dänischen Gesandten.

**Wiesbaden, 6. März.** Der „Mitt. Z.“ zufolge hat sich die Kommission, welche zur Prüfung des von der Regierung vorgelegten Gewerbegesetzes ernannt worden ist, in den Haupttheilen desselben für den Entwurf ausgesprochen. Die Prüfungen sollen nicht berücksichtigt worden sein. Die Entziehung der Koncessionen soll nur den Gerichten zustehen. — Ebenso hat sich der Petitions-Ausschuß gegen die Annahme des Konkordats ausgesprochen. Aus Veranlassung der Rübseheimer Petition gegen ein Konkordat hat das bischöfliche Ordinariat zu Limburg unter dem 22. Februar ein Generalkreipt an die Decane erlassen, worin diese Petition im Einzelnen zu widerlegen versucht und als eine den Katholiken schwer zu vergebende Versündigung gegen die Kirche dargestellt wird. Der Pfarrer wird angewiesen, „um weitere Verführungsversuche zu vereiteln“, durch Predigt und Privatbesprechung die Pfarrkinder über die schwere Sündhaftigkeit jeder wie immer gearteten Betheiligung an der Agitation gegen ein Konkordat zu belehren, den Unterzeichnern der Petition aber zu eröffnen, daß sie bei dem durch ihre Unterzeichnung gegebenen öffentlichen Aergerniß und wegen der Kirchengefährlichkeit der Petition nicht gültig absolviert werden könnten, wenn sie nicht ernstlich bereuten und ihre Unterschrift direkt oder indirekt zurückzögen. Die Maßregeln gegen die „Rübseführer“ aber werden näherer Bestimmung reserviert. Sodann wird dem Klerus zur Pflicht gemacht, dafür zu sorgen, daß die katholischen Gemeinden, den verderblichen Treiben der Gegner des Konkordats gegenüber, ihre kirchliche Gesinnung und ihre Uebereinstimmung mit dem bischöflichen Verlangen bezüglich der Erledigung der Kirchenfrage recht bündig erklären etwa in ähnlicher Weise, wie dies die Gemeinde Limburg gethan habe. Schließlich wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei Abgeordnetenwahlen die kirchliche Gesinnung des Kandidaten nicht gleichgültig sei.

**München, 6. März.** Vorgestern wurde von hier aus in nördlicher Richtung eine große Feuersbrunst bemerkt. Der „Allg. Ztg.“ wird heute darüber Folgendes mitgetheilt: Das Feuer brach im Stadel eines Bauernhauses zu Gremershausen (einem einige Stunden von Freyding entlegenen Dorfe) Nachts ein Viertel vor 11 Uhr aus, und in kurzer Zeit standen bei dem orkanähnlichen Windsturm zwölf Gebäude in hellen Flammen, deren Bewohner sämmtlich, im festen Schlaf überrascht, mit Noth nur das Hemd auf dem Leibe zu retten vermochten. Die Frau des Bauern Berner, bei dem das Feuer ausbrach, ihre 19jährige Stieftochter und ihr 9jähriges Töchterchen hatten sich in den Keller des Hauses geflüchtet und fanden dort, wahrscheinlich durch den Rauch erstickt, ihren Tod. Ferner fanden den Tod in den Flammen zwei arme Hirtenknaben und die Freysinger Botin, letztere bei dem verzweifelten Versuch, noch ihr kleines in 400 Fl. bestehendes Vermögen, das mühsam errungene Ersparniß eines ganzen Lebens, zu retten. Aber außer diesen sechs Opfern liegen noch elf Personen so schwer durch Brandwunden verletzt darnieder, daß zu bezweifeln ist, ob sie gerettet werden können. Seit lange erinnert man sich keines Falles, wo in solcher schauderhaften Weise so viele Menschenleben zu Grunde gingen. Außerdem verbrannten noch an 120 Stück Vieh, Getreide, Futter-Vorräthe, Ackergeräte aller Art, Hausgeräte, Kleider, kurz Alles, was die niedergebrannten Gebäude enthielten. Es besteht schwerer Verdacht, daß Brandstiftung im Spiel war. Die Abgebrannten gehören fast sämmtlich der minder bemittelten Klasse an. Um so entsetzlicher ist das Elend der all ihrer Habe Beraubten.

— Das „Regensb. Tgl.“ theilt die Namen derjenigen Kommandirenden mit, welche in der Befreiungshalle bei Regheim mit goldenen Buchstaben auf großen Marmortafeln prangen werden als die heldenmüthigen Feldherren der deutschen Armeen im siegreichen Kampfe gegen Napoleon. 1) Fürst Schwarzenberg, Feld-

marschall (Oesterreich); 2) Fürst Blücher von Wahlstatt (Preußen); 3) Fürst Wrede Feldmarschall (Bayern); 4) Graf Radetzky, Feldmarschalllieutenant (Oesterreich); 5) v. Scharnhorst, Generalleutnant und Generalquartiermeister (Preußen); 6) Graf Sneyenau, General der Infanterie (Preußen); 7) Wilhelm, Kronprinz von Württemberg; 8) Wilhelm, Herzog von Braunschweig; 9) Friedrich, Erbprinz von Hessen-Homburg, General der Kavallerie (Oesterreich); 10) Graf York v. Wartenburg, General der Infanterie (Preußen); 11) Graf Klenau, General der Kavallerie (Oesterreich); 12) Graf Bülow v. Dennewitz, General der Infanterie (Preußen); 13) Graf Gylai, Feldzeugmeister (Oesterreich); 14) Graf Kleist von Nollendorf, General der Infanterie (Preußen); 15) Graf Kolloredo, Feldzeugmeister (Oesterreich); 16) Graf Tauenzien v. Wittenberg, General der Infanterie (Preußen); 17) v. Zieten, Generalleutnant (Preußen), und 18) Graf Bubna, Feldmarschalllieutenant (Oesterreich).

## Oesterreich.

**Wien, 6. März.** An das telegraphisch gemeldete Gerücht von Thouvenel's Rücktritt glaubt man hier zwar nicht, doch hält man in den diplomatischen Kreisen dafür, daß Walewski jedenfalls nicht lange mehr in seiner politischen Zurückgezogenheit bleiben werde. Glaubwürdige Nachrichten aus Paris sprechen dafür, daß dem Grafen Walewski in nächster Zeit eine bedeutende Stellung eingeräumt werden wird. Es war, wie man hier weiß, in Paris davon die Rede, Walewski werde nach London gehen, Persigny nach Petersburg und der Herzog von Montebello einstweilen in die Inaktivität zurücktreten. Den Beweggrund für die Abberufung des letzteren sucht man in dem Mißfallen, welches er sich beim Kaiser dadurch zugezogen habe, daß er über die mancherlei Schritte, die eine Annäherung zwischen Oesterreich und Rußland herbeizuführen bezweckten, entweder nicht unterrichtet war oder die Bedeutung jener Schritte unterschätzte. Uebrigens haben jene Besuche wenigstens insofern resultirt, als über die Angelegenheiten des Orients eine Ausgleichung wichtiger Meinungsverschiedenheiten zwischen dem diesseitigen und dem Petersburger Cabinet theils bereits erzielt, theils angebahnt ist.

## Großbritannien und Irland.

**London, 6. März.** Der Herzog von Newcastle theilte gestern im Oberhause mit, daß, falls die den Handelsvertrag betreffende Adresse des Hauses der Gemeinen am folgenden Tage (Dienstag) an das Haus der Lords gelange, die Regierung die Absicht habe, sie am Freitag zur Diskussion zu bringen. Sollte sie hingegen erst am Freitag vorgelegt werden, so würde Montag der für die Besprechung anzuberaumende Tag sein.

— Gegen einen nicht unwichtigen Theil des Budgets und des Handels-Vertrages beginnt nun auch die „Times“ Opposition zu machen und deutet an, daß Herr Cobden, mit seinem Hauptzweck, dem Frieden, vor Augen, in den Unterhandlungen allzu zahl gewesen sei. Unmöglich könne er übersehen haben, daß das Verbot der Lumpen-Ausfuhr aus Frankreich, bei gleichzeitig freier Papier-Einfuhr in England, die englischen Papiermüller ruiniren müsse.

— Eines der Zugeständnisse, die England für den Handelsvertrag machte, war die Abberufung der Flotte aus der Bai von Gibraltar. Es ist darum bemerkenswerth, daß, wie ich höre, die ganze Kanalslotte auf dem Wege nach Gibraltar ist. Es ist das ein Anzeichen einer veränderten Stimmung, wenn es auch sonst nichts zu bedeuten hat. Den Zauber solcher „Demonstrationen“ hat schon der verstorbene König von Neapel gebrochen. Die vereinigte englisch-französische Flotte setzte sich damals „in der Richtung auf Neapel zu“ in Bewegung; der König erklärte, er werde zunächst einmal ihre Ankunft abwarten; und männiglich weiß, daß sie bis heute nicht eingetroffen ist. Gegen den großen Allirten, der hinter den Spaniern steht und in seiner Thronrede kein Wort von der englischen Allianz gesagt hat, bezeugt man gleichzeitig die ernstlichste Gefälligkeit. Drei Artikel des Handelsvertrages sind vorzugsweise angegriffen worden, und in alle drei sucht die englische Regierung, nicht namentlich der übernatürliche Gladstone durch übernatürliche Interpretation einen Sinn hinein zu tragen, den sie nach den Worten nicht haben. Dreißig Prozent Zoll auf englische Seidenwaaren soll heißen, daß von englischen Seidenwaaren nur sieben Prozent erhoben werden; der Vorbehalt der Differenzialzölle zu Gunsten der französischen Weberei soll ganz zu Gunsten der englischen Schiffe sein; das Versprechen, die Ausfuhr von Kohlen nicht zu verbieten, ist bedeutungslos, weil es für den Fall eines Krieges nicht bindend sein würde, (was niemand bezweifelt hat), und das, wahrscheinlich abgekartete Erbieten des Kaisers, diesen Artikel fallen zu lassen, hat eine wahrscheinlich ebenso abgekartete, „peremptorische“ Ablehnung erfahren, während man zu einem anderen Artikel, zweifelhaft zum Nachtheil Frankreichs, einen erläuternden Zusatzvertrag geschlossen hat. Die Praxis erst wird lehren, wer bei der Redaktion des Vertrages vorsichtiger und geschickter zu Wege gegangen; zu einer gründlichen



Prüfung ist nicht Zeit gewesen. Recht vor Thoreschluß — heute Abend wird die Genehmigungsadresse beantragt werden — ist man auf eine hübsche Feinheit des Vertrages aufmerksam geworden. Er bestimmt, daß englische Manufakturwaaren vom 1. Oktober 1864 ab einen Zoll von 25 pCt. ad valorem erlegen sollen, daß es aber der französischen Regierung freistehen soll, statt dessen feste Sätze von 25 bis 30 pCt. des Durchschnittswertes solcher Güter einzuführen, d. h. des Durchschnittswertes, den sie zur Zeit haben, da die festen Sätze eingeführt werden. Angenommen nun, solche Artikel fallen später im Preise, so würde der Zoll, obgleich oder weil er unverändert bleibt, im Effekt entsprechend steigen.

### Rußland und Polen.

**Petersburg, 2. März.** Die hiesigen Blätter bringen den Tagesbefehl des Kaisers vom 22. Februar, welcher den Großfürsten Michael an Stelle des verstorbenen Generals Kozlow zum Chef der Militär-Anstalten ernannt. Als Vorsitzender im Bauernkomitee wird derselbe durch den Justizminister Panin ersetzt, der sich bisher den neuen Reformideen ziemlich abhold zeigte. Die Bauernangelegenheit ist überhaupt allmählich in eine immer bedenklichere Lage gerathen. Je mehr die Regierung die Mitwirkung des Adels zu erlangen bemüht war, um so fester hat sich in den größten Theil des Reiches die Opposition desselben organisiert, die sich in immer unerbittlicheren Kundgebungen Luft macht. Vielfach wird jetzt schon eine verfassungsmäßige Betheiligung des Adels an der Gesetzgebung überhaupt beansprucht.

### Provinzielles.

\* Greifswald, 5. März. Der „D. Z.“ wird die Mittheilung gemacht, daß, nachdem eine frühere Proposition des Magistrats verworfen, nunmehr zur Weiterführung des Hafenbaues 50,000 Thlr. und 13,000 Thlr. an Baggerungskosten für das laufende Jahr von unserer Bürgerschaft bewilligt sind, und man sich der frohen Hoffnung hingeben dürfe, ein den Interessen unseres Handelsstandes entsprechendes Fahrwasser mit der Zeit zu erhalten. Vor Kurzem erschien als Beilage des hiesigen Kreis- und Wochenblattes ein Artikel, betitelt: „Greifswalder Handel und sein Verfall“, der insofern Sensation erregt hat, als in ihm durch Zahlen nachgewiesen wurde, daß allein der schlechten Beschaffenheit unseres Fahrwassers der immer schwächer werdende Handelsverkehr unserer Stadt zuzuschreiben sei. Namentlich wurde darin hervorgehoben, daß Stralsund und Wolgast, unsere Nachbarstädte, binnen wenigen Jahren ihr Fahrwasser für beladene Seeschiffe praktikabel gemacht, während wir seit 16 Jahren mit einer jährlichen Ausgabe von ca. 5000 Thlr. so viel wie gar nichts erreicht haben. Wir haben schon eine große Summe Geldes verbaggert, und es fragt sich, ob nicht, wenn dieselbe in 3 anstatt 16 Jahren angelegt wäre, unser Fahrwasser in besserer Verfassung sich befinden würde. Warum wurde der Bagger, anstatt daß er mit halber Kraft und nur einige Monate jährlich arbeitete, nicht mit voller Kraft und so lange die Witterungsverhältnisse es gestatteten, beschäftigt? Es leuchtet ein, daß auf diese Weise ein ganz anderer Nusspekt erzielt werden würde, denn die jährlichen Reparaturkosten könnten nur unbedeutend steigen, die Gehälter für die Beamten, Zinsen für das Anlagekapital u. dgl. würden dieselben bleiben, während nur die Ausgaben für die Unterhaltung der Maschine und die Arbeitslöhne der Prahmarbeiter sich im Verhältnis der Leistung mehrten würden. Jetzt freilich ist unser Bagger invalide, so daß er baldigst durch einen neuen ersetzt werden muß; es liegt aber auf der Hand, daß in dem bisherigen System der Baggerung eine bedeutende Aenderung eintreten muß, wenn wir zum Ziele gelangen wollen, so lange es noch Zeit ist.

In dem angeführten Artikel des hiesigen Lokalblattes mögen einzelne Stellen, obgleich sie nach allgemeinem Urtheil durchaus nicht zu stark waren, das Mißfallen unserer Bürgerschaft erregt haben — hört doch selten Jemand gern die ungeschminkte Wahrheit — und so kam es denn, daß dieselbe in aller Form den Beschluß faßte, den Verfasser jenes Aufsatzes durch die Staatsanwaltschaft zur Verantwortung zu ziehen. Bei ruhigerem Blute hat man aber doch sich eines Besseren besonnen und wird dem Vernehmen nach die Sache auf sich beruhen lassen.

Unser neuer Hafen verspricht eine sehr gute Anlage zu werden, indem die beinahe vollendete, auf Betonmaße gegründete, aus Granitquadern bestehende Nordmole nicht allein Schutz gegen Wellenschlag gewährt, sondern auch das Verlanden des Fahrwassers verhindern wird; Letzteres, weil man die Art der Sandablagerungen genau studirt hat, und dadurch auf die Mittel gekommen ist, denselben zu begegnen. Die Pläne zu diesem Hafen sind von dem hiesigen Stadtbaumeister Hrn. M. Becherer entworfen, der auch die Ausführung leitet; der Hr. Geh. Oberbaurath Pfeiffer hat die Oberaufsicht übernommen und sich dem Vernehmen nach über die bisher stattgefundenen Arbeiten beifällig geäußert, die Pläne unseres Stadtbaumeisters sollen von ihm nur unwesentlich modificirt worden sein.

\* Greifenhagen, 7. März. In der Nacht vom 2. auf den 3. dieses Monats wurde mittelst gewaltigen Einbruchs dem Kaufmann Knopp, aus dessen Comptoir die Summe von 170 Thlr. gestohlen. Der Thäter verdrückt wurde am Sonnabend eine Person, von welcher man gesehen, daß dieselbe Tags vorher durch den Flur nach dem Hofe gegangen war, und daselbst sich wahrscheinlich bis zur Nacht verborgen gehalten hatte, verhaftet. Bis jetzt hat indeß das mit ihr angestellte Verhör zu keinem Resultate geführt. — Bei einem vor einigen Tagen im Wildenbrucher Forstrevier veranstalteten Treibjagen wurden die Jagdliebhaber durch das Anschlagen der Hunde zu einem Dickschiff hingelockt, woselbst sie ein stattliches Wild zu treffen vermeinten; allein statt dessen fand man ein zwischen den Bäumen hängendes menschliches Gerippe, an welchem die Haut auf den Knochen festgetrocknet und welches durch Raubvögel und Ungeziefer fast von allen weichen Theilen befreit war. Die sich aufdrängende Frage, von wem daselbst herührte, ließ sich durch die bei ihm vorgefundenen Sachen erklären. Es steckte in der Erde ein Spaten, über welchem ein Sack hing. Mit diesen Sachen hatte man (wie der Pomm. Ztg. mitgetheilt wird) in dem Dorfe Rinde kurz nach der Ernte des

Jahres 1858 einen Tagelöhner fortgehen sehen, der, nachdem er Tags zuvor einem Bauer ein Schaf gestohlen hatte, aus Furcht vor der ihn treffenden Strafe sich den Tod gab, und damit Niemand dies ahne, gab er sich den Schein, als ob er zur Sandgrube gehen wolle.

### Stettiner Nachrichten.

\* Stettin, 8. März. Auf den deutschen Eisenbahnen ist das Personen-Transportwesen gegenüber dem Güter-Transportwesen von jeher vernachlässigt worden. Tarif-Herabsetzungen beim Waaren-Transport wurden von Tarif-Erhöhlungen beim Personen-Transport begleitet. Dies hatte zur Folge, daß die Einnahmen aus dem Güter-Transport mit jeder Tarif-Herabsetzung stiegen, während sie beim Personenverkehr abnahmen. Im Jahre 1844 brachte die Meile preussischer Bahnen aus dem Personenverkehr 20,108 Thlr., 1858: 18,303 Thlr. aus dem Güterverkehr 1844 nur 10,106 Thlr., 1858: 35,000 Thlr. Die in letzter Zeit auf verschiedenen Bahnen eingetretenen Güterfracht-Herabsetzungen werden dies Mißverhältniß noch steigern. Der scheinbare Mangel an Konkurrenz beim Personenverkehr muß als Hauptursache der Vernachlässigung dieser wichtigen Branche angesehen werden. Während im Waarenverkehr die Bahnen nach den verschiedenen Seehandelsplätzen z. B. in ausgesprochene Konkurrenz traten, ließ das Monopol, welches keine Parallelbahnen zwischen zwei Plätzen gestattet, die Verwaltungen in dem Glauben, daß der Personenverkehr keine besondere Berücksichtigung verdiene. Dieselben Leute, welche bei Begründung einer Bahn in den betreffenden Prospekten nachgewiesen hatten, daß der Personenverkehr zwischen zwei Plätzen sich durch die billigere und schnellere Beförderung auf der Bahn vervierfachen oder gar verzehnfachen werde, glauben später als Mitglieder der Verwaltung dieser Bahn sich um weitere mögliche Tarifherabsetzungen und Erleichterungen des Personenverkehrs nicht kümmern zu müssen. Sie selber fühlten wohl als Kaufleute, Expeditoren, Fabrikanten, Bergwerksbesitzer, wie wünschenswerth eine Herabsetzung des Gütertarifs sei und handelten dem entsprechend, aber als Inhaber von Freikarten wurden sie durch die hohen Personengeldtarife nicht persönlich berührt.

Bei der Berlin-Stettiner Bahn, welchen ihren Personen-Tarif 3. Klasse von 1 Thlr. 10 Sgr. auf 2 Thlr. erhöht hat, stellt sich diese relative Abnahme des Personen-Verkehrs mit am stärksten heraus. Es befuhren die Bahn 1844: 272,584 Personen, 1858: 307,495 Personen, Zunahme 12 1/2 pCt. Die Einwohnerzahl der beiden Endpunkte Berlin und Stettin hat sich aber in diesem Zeitraum von 400,000 auf 540,000, also um 35 pCt. gehoben; überdies sind seitdem die Stettin-Stargarder, Stargard-Posenener, so wie bei Berlin eine große Anzahl anderer Bahnen eröffnet, und ein großartiger Dampfschiffs-Verkehr führt von Stettin aus der Bahn zahlreiche Reisende zu. Ohne die Hemmnisse, welche die Verwaltung dem Personen-Verkehr in den Weg legt, müßte man also erwarten, daß der Aufschwung desselben dem des Waarenverkehrs (welcher von 758,808 Ctr. in 1844 auf 2,514,813 Ctr. in 1858, also um 333 pCt. gestiegen ist) wenigstens einigermaßen entsprechend gewesen wäre.

\*\* Der frühere Tuchhändler Herr Knapp wird mit dem 1. April das Schellberg'sche Etablissement in Grünthal pachtweise übernehmen. Herr Knapp wird Wohnhaus und Garten in besten Zustand versehen und den Garten namentlich für die Sommervergnügungen den gebildeten Stände zugänglich machen. Da dies Etablissement bekanntlich eins der am schönsten gelegenen in Stettins Umgebung ist, so ist anzunehmen, daß sich dasselbe bald aus dem Zustande des Verfalls, in dem sich dasselbe augenblicklich befindet, erholen und ein beliebter Vergnügungsort des Publikums werden wird.

In Anlaß von Beschwerden hat der Minister des Innern unterm 26. Januar den nachfolgenden Circularerlaß an die Ober-Präsidenten und Regierungen der östlichen Provinzen ergehen lassen:

1) Die unmittelbare nächste Aufsichts-Instanz für die Kommunal-Angelegenheiten derjenigen Städte, in welchen die Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853 gesetzliche Geltung hat, bilden die Regierungen gemäß §. 76 dieser Städte-Ordnung;

2) die Regierungen sind nicht ermächtigt, die selbstständige Ausübung des Aufsichtsrechts ganz oder theilweise den Landrathen zu übertragen, wohl aber befugt, sich der Mitwirkung der letzteren als ihrer Organe bei Ausübung ihres Aufsichtsrechts zu bedienen. Es behält in dieser Hinsicht insbesondere bei der Bestimmung, wonach die Gemeinde-Behörden der Städte von nicht mehr als 10,000 Einwohnern ihre Berichte an die Regierung durch Vermittelung des Landrathes zu befördern haben, sein Bewenden;

3) die Stellung der Landräthe zu den Polizei-Angelegenheiten der Städte ist dieselbe wie die vor Erlass der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853.

Ein Bescheid des Grafen von Schwerin an einen Magistrat in Westfalen, denselben Gegenstand betreffend, spricht sich wie oben aus und fußt auf der Westfälischen Städte-Ordnung von 1856.

### Telegraphische Depeschen.

**Frankfurt a. M., 8. März.** (W. I. B.) In der heute stattgehabten Sitzung des Bundestages wurden die Anträge des Ausschusses für die hollsteinische Angelegenheit angenommen. Zuvor wurde von Seiten Dänemarks gegen die Souveränitätsbeschränkung, gegen die Beschlußfähigkeit der hollsteinischen Stände und gegen die Verechtigung zur Exekution Protest eingelegt. Dieser wolle Dänemark den Vorschlag einer Delegirten-Versammlung fallen lassen und in direkte Verhandlung mit den Ständen treten. Der Bundestag hat die Veröffentlichung der Bundesprotokolle beschlossen.

**Florenz, 6. März.** (H. N.) Ein vom heutigen Tage datirtes Dekret hebt alle Verordnungen auf, welche die Freiheit der Presse in politischer Beziehung beengen und beschränken.

### Börsen-Berichte.

Stettin, 9. März. Witterung: Schneetreiben, Nachts leichter Frost. Temperatur: + 1 Grad. Wind: NW.

Am heutigen Landmarkt bestand die Zufuhr aus: 2 B. Weizen, 3 B. Roggen, — B. Gerste, 2 B. Hafer, — B. Erbsen. — Bezahlt wurde für: Weizen 65—68 Rt., Roggen 47—50 Rt., Gerste 33—40 Rt., Erbsen 44—47 Rt., alles pr. 25 Schfl.; Hafer 26—29 Rt. pr. 26 Schfl.

### An der Börse:

Weizen fest bei wenig Offerten, loco pr. 83 pfd. gelber 64—68 Rt. nach Qual. bez., pr. Frühjahr 85 pfd. gelber vorpomm. 70 Rt. Gd., 85 pfd. inländischer 68 Rt. Gd. Roggen mattr, loco pr. 77 pfd. 45 1/2 Rt. bez., (die gestrige Notiz von 47 Rt. bezieht sich auf einzelne Wispel von Consumenten bezahlt), 77 pfd. pr. März 46 1/2 Rt. bez., Frühjahr 45 1/2, 45 1/2 Rt. bez., 45 1/2 Br., Mai-Juni 45 1/2 Rt. Gd., 45 1/2 Br., Juni-Juli 46 Rt. Br. und Gd.

Gerste und Hafer ohne Handel. Rüböl etwas mattr, loco 11 1/2 Rt. bez., März und März-April 11 1/2 Rt. Br., April-Mai 11 1/2 Rt. bez., Juli 12 Rt. bez., Septbr. Oktober 12 1/2 Rt. Br., 12 1/2 Rt. Br.

Leinöl loco infl. Faß 11 Rt. Br., März-April und April-Mai 10 1/2 Rt. bez., Mai-Juni 10 1/2 Rt. bez., Juli-August 10 1/2 Rt. bz., August-Sept. 10 1/2 Rt. bz.

Spiritus etwas billiger, loco ohne Faß 16 1/2, 16 1/2 Rt. bez., pr. März und März-April 16 1/2 Rt. Br., April-Mai 17 1/2 Rt. bez. und Gd., Frühjahr 17, 17 1/2 Rt. bez. und Gd., 17 1/2 Rt. Br., Mai-Juni 17 1/2 Rt. Br., 17 1/2 Gd., Juni-Juli 17 1/2 Rt. Br., 17 1/2 Gd., Juli-August 18 Rt. Br. und Gd.

In rother Klee Saat war in Breslau in seinen Qualitäten einzelne Frage, geringe Waare sehr vernachlässigt, ordinäre 7 1/2 bis 8 1/2 Rt., mittel 9 bis 10 1/4 Rt., feine 10 1/2 bis 11 Rt., hochfeine 11 1/2 bis 12 Rt.

Weißer Saat war bei schwachen Offerten mehrseitig gefragt, ordin. 19 bis 21 Rt., mittel 22 bis 23 1/4 Rt., fein 23 1/2 bis 24 1/2 Rt., hochfein 24 1/2 bis 25 1/2 Rt.

Danzig, 8. März. Weizen rother 129.130—135.36 pfd. von 71—72—77 1/2—79 sgr., bunter, dunkler und glatter 128—133—134 pfd. von 72—73—80—81 sgr., feinfant, hochbunt, hellglatt und weiß 132.33—135.37 pfd. 81—82—85—86 sgr. — Roggen 52 1/2 sgr. pr. 125 pfd., für jedes pfd. mehr oder weniger 1/2 sgr. Differenz. Erbsen von 52.53—56.58 sgr. Gerste kleine 105.8—110.2 pfd. von 40—42—45—46 sgr., große 110.12—116.19 pfd. von 46.48—55.57 sgr., Kavaler 116—120 pfd. 57 1/2—59 sgr. Hafer von 24.25—29—30 sgr. — Spiritus nichts gehandelt. Forderung 16 Rt. pr. 8000% Trall. bez.

Weiter: Schnee mit mäßigem Frost. Wind: N. Posen 8. März. Roggen rasch steigend und schließt höher, pr. März 44 1/2 bez. und Geld, Frühjahr 44—1/2—1/2 bez., April-Mai 44—1/2 bez.

Spiritus (pr. 8000 pCt. Tralles) etwas höher bezahlt und fest schließend, gef. 12,000 Quart, loco (ohne Faß) 15 1/2—15 1/2 Rt., mit Faß pr. März 16 1/2—1/2 bez., April 16 1/2 bez., Mai-Juni 16 1/2 bezahlt.

### Die telegraphischen Depeschen melden:

Berlin, 9. März. Staatsanleihe 84 1/2 bez. Prämien-Anleihe 3 1/2 pCt. 113 1/4 bez. Berlin-Stettiner 95 1/2 Gd. Stargard-Posen 81 Gd. Destr. Nat.-Anl. 56 1/2 bez. Disconto-Commandit-Anth. 80 bez. Franz. Destr. Staats-Eisenbahn-Aktien 129 1/2 bezahlt. Wien 2 Mon. 73 1/4 bez. Hamburg 2 Mon. — bez. London 3 Monat — bez.

Roggen pr. März 50 1/2, 51 1/2 bez., pr. Frühjahr 49, 49 1/2 bez., pr. Mai-Juni 49 bez., 49 1/2 Gd. Rüböl loco 11 1/2 Br. pr. März-April 11 1/2 Br., pr. April-Mai 11 1/2 bez., 1/2 Gd. pr. September-Oktober 12 1/2, 1/2 bez.

Spiritus loco pr. 8000 pCt. 17 bez., März-April 16 1/2 Gd., 17 Br., April-Mai 17 1/2 bez., 1/2 Gd., Mai-Juni 17 1/2, 17 1/2 bez.

Hamburg, 8. März. Getreidemarkt. Weizen loco auf letzte Preise gehalten, auf Auswärts stille. Roggen loco fest, auf Königsberg 83 pfd. 75 1/2 bezahlt und zu haben. Del. pr. Mai 24 1/2, pr. Oktober 26. Kaffee 1/6 höher. 4000 Sack wurden umgesetzt, darunter eine Ladung von 2700 Sack Rio zu 6 1/2 bis 6 1/2. — Zinn stille.

Breslau, 7. März. Die abnorme Ercheinung, daß zahlreiche österreichische Häuser sich ungeachtet des sehr ungünstigen Standes der österreichischen Valuta sich unausgesetzt zum Woll-Einkauf auf diesem Plage hier einfanden, war auch während der letzten acht Tage wahrnehmbar. Dasselbe ist jedoch einerseits aus dem glänzenden Gange des dortigen Fabrikgeschäfts, andererseits aus einem Mangel des Rohprodukts, wie solcher in Oestreich selten dagewesen, erklärbar. Nebenbei erhielt sich die Konkurrenz der sächsischen Kämmer und Spinner, so wie der einheimischen Fabrikanten, welche letztere auf der jüngsten Frankfurter Tuchmesse befriedigende Geschäfte gemacht hatten. Im Ganzen sind an die genannten Käufer ca. 1200 Ctr. abgesetzt worden, wovon zwei Drittel aus Eharfower Kunstwollen von 92—100 Rt., russischen Rückenwollen von 62—70 Rt. und polnischen Einschuren von 75—83 Rt. bestanden haben. Das übrige verarbeitete Quantum war aus schlesischen und seinen polnischen Lammwollen von 85—95 Rt., so wie seinen Schweifwollen von 68—72 Rt. zusammengesetzt. Die neuen Zufuhren betrugen nur ca. 400 Ctr. und gelangten meist von russischer Seite an unsern Platz. In den Preisen hat sich im Allgemeinen keine Veränderung herausgestellt und während nur schlef. Lamm- und Schweifwollen, der knappen Vorräthe wegen, um 2—3 Rt. pr. Ctr. angezogen haben, sind russ. Wollen zu den seitherigen Notirungen willig zu haben.

### Stettiner Börse vom 9. März 1860.

Berlin .....	kurz	100 B	Pomerania .....	107 B
" .....	2 Mt.	99 1/2 B.	Union .....	100 1/2 B
Hamburg ..	6 Tag.	150 1/2 bz.	St. Börsenh.	—
" .....	2 Mt.	150 1/2 B.	Obligationen ..	—
Amsterdam ..	8 Tag.	142 1/4 G.	St. Schaup.	—
" .....	2 Mt.	141 1/2 B.	Obligationen ..	—
London .....	10 Tg.	6 19 1/2 B. u. bz.	St. Speich.-A.	—
" .....	3 Mt.	6 17 1/2 B. u. bz.	V.-Speich.-A.	118 E
Paris .....	10 Tg.	—	Pomm. Prov.	—
" .....	2 Mt.	79 B	Zuckers.-Act.	1650 G
Bordeaux ..	10 Tg.	—	N. St. Zucker.	—
" .....	2 Mt.	—	Sied.-Actien ..	550 B
Bremen .....	8 Tg.	—	Mesch. Zuck.	—
" .....	3 Mt.	—	Fabrik-Anth.	100 B
St. Petersburg.	3 Woch.	—	Bredower do.	—
Wien .....	8 Tag.	—	Walmühl-A.	1000 G
" .....	2 Mt.	—	St. Portl. Cem.	—
Frw. St.-Anl.	4 1/2	—	Fabrik .....	100 B
Staats-Anl. ..	4 1/2	—	Pom. Chaus.	—
" .....	5	105 B	bau-Obligat. 5	—
St.-Schldsch.	3 1/2	84 1/4 B	Stett. Dampf.	—
Fr. Präm.-Anl.	3 1/2	—	Schlepp-Ges. ...	800 B
Pomm.-Pfdbr.	3 1/2	86 1/4 B	Stett. Dampf.	—
" Rentenbr.	4	—	schiffs-Ver. ....	220 B
Ritt. P.P.B.A.	—	—	N. Dampf.-C.	88 B
à 500 Rtl. ...	—	—	Germania .....	95 B
Berl.-St. Eisb.	—	—	Vulcan .....	54 1/2 B
Act. Lit. A. B.	4	—	Stett. Dampf.	—
" Prior. ....	4 1/2	—	mühlen-Ges. 4	70 B
" .....	4	—	Pommersnd.	—
Starg.-P. E.A.	4 1/2	—	Chem. Fabrik ...	100 G
" Prior. ....	3	—	Chem.-F.-Ath.	500 B
" .....	4 1/2	—	Stett. Kraft.	—
Stett. Stdt.-O.	4 1/2	98 1/2 B	Dünger-F.-A.	55 B
St. Str.-V.A.	—	110 G	Used. - Woll.	—
Pr. Nat.-V.A.	4	95 B	Kreis-Oblig. . 5	—
Pr. See-Ass.	—	—	Greifenhagen	—
Comp.-Act. .	—	640 B	Kreis-Oblig. . 5	—